



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller FREIE WÄHLER**
Drs. 19/8269

Bayerns Luftraum durch konsequente Drohnenabwehr schützen

Der Landtag stellt fest, dass auch Bayern zunehmend von den sicherheits- und geopolitischen Spannungen sowie hybriden Bedrohungen des Weltgeschehens betroffen ist.

Der Landtag begrüßt daher das schnelle und entschiedene Handeln der Staatsregierung zum Schutz des bayerischen Luftraums vor unbemannten Luftfahrtsystemen, insbesondere Drohnen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag ausdrücklich das geplante „Gesetz zum Schutz vor Drohnenüberflügen in Bayern“, welches eine rechtssichere Grundlage für die Abwehr von Gefahren durch unbemannte Luftfahrtsysteme schafft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Rechtsgrundlage einzusetzen, die den rechtssicheren Abschluss von unbemannten Luftfahrtsystemen ermöglicht und klare Zuständigkeiten festschreibt.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Bedarfsfall die Amtshilfe der Bundeswehr bei Drohnenbedrohungen ermöglicht wird.

Zuletzt wird die Staatsregierung aufgefordert, den Aufbau des „Defense Lab Erding (DLE)“ weiter voranzutreiben und die Realisierung des Projekts durch die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Technologie und Start-ups sowie die Vernetzung mit dem Know-how relevanter Institutionen und Organisationen zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident